Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/3180
01. 12. 95

Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 6. Dezember 1995

Verzeichnis der Fragenden

Abgeordnete	*Nummer der Frage*
Andres, Gerd (SPD)	34, 35
Bachmaier, Hermann (SPD)	16, 33
Blank, Renate (CDU/CSU)	12, 13
Caspers-Merk, Marion (SPD)	6, 7
Duve, Freimut (SPD)	42, 43
Erler, Gernot (SPD)	1, 32
Gansel, Norbert (SPD)	17, 44
Graf, Günter (Friesoythe) (SPD)	36, 37
Hagemann, Klaus (SPD)	40, 41
Dr. Hendricks, Barbara (SPD)	27, 28
Hinsken, Ernst (CDU/CSU)	4, 5
Hollerith, Josef (CDU/CSU)	45, 51
Dr. Jüttner, Egon (CDU/CSU)	23, 24
Kemper, Hans-Peter (SPD)	38, 39
Krüger, Thomas (SPD)	46, 47
Kubatschka, Horst (SPD)	18, 30
Kunick, Konrad (SPD)	25, 26
Dr.-Ing. Laermann, Karl-Hans (F.D.P.)	8, 9
Dr. Leonhard, Elke (SPD)	52
Dr. Mayer, Martin (Siegertsbrunn) (CDU/CSU)	10, 11
Nachtwei, Winfried (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	3
Raidel, Hans (CDU/CSU)	14, 15
Dr. Ruck, Christian (CDU/CSU)	49, 50
Schöler, Walter (SPD)	29
Steenblock, Rainder (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	21, 22
Such, Manfred (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	48
Tappe, Joachim (SPD)	19, 20
Wallow, Hans (SPD)	2, 31

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Post und Telekommunikation	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie	8
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	12

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

1. Abgeordneter **Gernot Erler** (SPD)

Mit welcher Begründung hat die Bundesregierung im Außenministerrat der EU den Vorschlag der EU-Kommission, den Zuwachs der Agrarimporte aus den osteuropäischen Ländern für die nächsten fünf Jahren um zehn Prozent zu erhöhen, abgelehnt und zusammen mit Frankreich und weiteren EU-Mitgliedern den Zuwachs auf fünf Prozent begrenzt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

2. Abgeordneter **Hans Wallow** (SPD)

Welchen Inhalts war der „Rapport" (siehe den Bericht in der Rhein-Zeitung vom 28. November 1995), zu dem am Morgen des 27. November 1995 Zivilbedienstete der Bundeswehr beim Kommandeur des Heeresfliegerregimentes 35 in Mendig einbestellt wurden, und treffen in diesem Zusammenhang Berichte zu, bei der genannten Einheit sei Druck auf Zivilbedienstete ausgeübt worden, am geplanten Bosnien-Einsatz teilzunehmen?

3. Abgeordneter **Winfried Nachtwei** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kann die Bundesregierung die Angaben der Wirtschaftswoche Nr. 49 vom 30. November 1995 bestätigen, wonach der Bundesminister für Post und Telekommunikation, Dr. Wolfgang Bötsch, und der Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Dr. Klaus Töpfer, Wehrdienst geleistet haben, und welche der anderen der männlichen Kabinettsmitglieder haben Wehrdienst, Zivildienst, sonstigen Ersatzdienst bzw. keinen dieser Dienste geleistet?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

4. Abgeordneter **Ernst Hinsken** (CDU/CSU)

Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse über die gesundheitlichen Wirkungen biodynamischer Sitzmöbel für ihre Benutzer vor, und ergeben sich aus der Benutzung dieser Sitzmöbel gesundheitliche Vorteile im Vergleich zu herkömmlichen Sitzmöbeln?

5. Abgeordneter **Ernst Hinsken** (CDU/CSU)

Wenn Vorheriges zutrifft, wie hoch sind schätzungsweise die Ersparnisse volkswirtschaftlicher Kosten, und könnten im Gesundheitswesen Kosten eingespart werden, wenn biodynamische Sitzmöbel im Kostendämpfungsgesetz berücksichtigt würden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

6. Abgeordnete **Marion Caspers-Merk** (SPD)

Bleibt die Bundesregierung angesichts der ablehnenden Haltung des Bundeskartellamtes und der offenen Fragen bei der Mittelverwendung des Preisaufschlages bei ihrer Haltung, die freiwillige Vereinbarung mit der Getränkeindustrie und dem Handel über die Erhöhung der Endverbraucherpreise um zehn Pfennig je Getränkedose abzuschließen?

7. Abgeordnete **Marion Caspers-Merk** (SPD)

Ist der Passus der freiwilligen Vereinbarung, nach dem Sonderregelungen zu Getränkeverpackungen aufzuheben und durch flexiblere Instrumente zu ersetzen sind, dahin gehend zu interpretieren, daß bei einer Novellierung der Verpackungsverordnung die Mehrwegquoten für Getränke verändert werden oder wegfallen sollen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Post und Telekommunikation

8. Abgeordneter **Dr.-Ing. Karl-Hans Laermann** (F.D.P.)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß mit sog. Scannern alle Gespräche, die über Schnurlostelefone geführt werden, in einem Umkreis von 500 m problemlos abgehört, mit Zusatzplatinen für PCs sogar empfangene Signale im Computer weiterverarbeitet, verschlüsselte Daten dekodiert, Morsezeichen übersetzt und Spektralanalysen durchgeführt werden können?

9. Abgeordneter **Dr.-Ing. Karl-Hans Laermann** (F.D.P.)	Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um angesichts der bereits in Millionen Stückzahlen in Deutschland verkauften Scanner dieses unkontrollierte Abhören von Telefongesprächen zu unterbinden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft

10. Abgeordneter **Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn)** (CDU/CSU)	Hält die Bundesregierung das vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie gemeinsam mit der Deutschen Ausgleichsbank und der Kreditanstalt für Wiederaufbau initiierte Programm „Beteiligungskapital für kleine Technologieunternehmen" (BTU) für ausreichend, um die Kapitalsituation insbesondere der jungen Unternehmen mit hohem Forschungs- und Entwicklungsanteil entscheidend zu verbessern, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, deutlich mehr privates Kapital in diese Unternehmen zu lenken?
11. Abgeordneter **Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn)** (CDU/CSU)	Inwieweit besteht die Möglichkeit, den Risikokapitalmarkt für kleine und mittlere Unternehmen durch eine Verbesserung der Handelbarkeit von Unternehmensbeteiligungen weiterzuentwickeln?
12. Abgeordnete **Renate Blank** (CDU/CSU)	Welche Möglichkeiten räumt die Bundesregierung der Wiedereinführung eines modifizierten staatlich geförderten Existenzgründersparens zur Förderung der Eigenkapitalbildung vor einer Existenzgründung ein?
13. Abgeordnete **Renate Blank** (CDU/CSU)	Wie beurteilt die Bundesregierung den Vorschlag, Eigenkapitalhilfeprogramme (einschließlich ERP = European Research Program) stärker an die Bedürfnisse des Strukturwandels und der Unternehmensnachfolge oder -übernahme anzupassen?
14. Abgeordneter **Hans Raidel** (CDU/CSU)	Hält die Bundesregierung die Einführung einer europäischen Risikokapital-Computerbörse für innovative mittlere Unternehmen und die Überprüfung der EU-Prospekt-Richtlinie für eine geeignete Maßnahme, um den kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) den Börsenzugang zu erleichtern, und welche Konsequenzen zieht sie hieraus?

15. Abgeordneter
Hans Raidel
(CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung in der Aufwertung von Regionalbörsen durch die Emissionen kleiner und mittlerer Unternehmen und durch die Beseitigung des Bankenmonopols in einer Reihe von kapitalmarktrelevanten Geschäftsbereichen geeignete Maßnahmen, um den Börsenzugang für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) zu erleichtern, und welche Konsequenzen zieht sie hieraus?

16. Abgeordneter
Hermann Bachmaier
(SPD)

Welche Verdachtsmomente über die Beteiligung deutscher Firmen beim Rüstungsprogramm des Iraks für ABC-Waffen hat Botschafter Ekeus bei seinem Besuch am 4. und 5. September 1995 der Bundesregierung mitgeteilt, und wie stellt sich z. Z. der Kenntnisstand der Bundesregierung insgesamt über die Beteiligung deutscher Firmen am Rüstungsprogramm des Iraks dar?

17. Abgeordneter
Norbert Gansel
(SPD)

Welche Informationen hat die Bundesregierung über die Beteiligung deutscher Firmen beim Rüstungsprogramm des Iraks für ABC-Waffen nach dem Besuch des VN-Beauftragten Ekeus und der Entsendung deutscher Experten in den Irak erhalten, und sind die Strafverfolgungsbehörden in der Bundesrepublik Deutschland darüber unterrichtet worden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr

18. Abgeordneter
Horst Kubatschka
(SPD)

Wann kann mit der endgültigen Fertigstellung der Autobahn A 94 zwischen München und Passau gerechnet werden, und welche Kosten werden – pro Jahr und Bauabschnitt – bisher veranschlagt?

19. Abgeordneter
Joachim Tappe
(SPD)

Welche fachlichen und politischen Gründe haben den Bundesminister für Verkehr veranlaßt, von der weitestgehenden Übereinstimmung mit dem zuständigen hessischen Fachminister im Zusammenhang mit der bisherigen Planung zum Bau der A 44 abzurücken?

20. Abgeordneter **Joachim Tappe** (SPD)

Welche struktur- und verkehrspolitische Bedeutung mißt der Bundesminister für Verkehr dem Bau des Güterverkehrszentrums (GVZ) Kassel am vorgesehenen Standort zu, und welche Auswirkungen hat die Realisierung des GVZ auf die Trassenführung der zukünftigen A 44?

21. Abgeordneter **Rainder Steenblock** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Warum wird, anders als bei den Bedarfsgesetzen für Schienen- und Straßeninfrastrukturen im Entwurf der Bundesregierung für das Magnetschwebebahnbedarfsgesetz (Drucksache 13/3103), der Bau des Transrapid nicht unter einen Haushaltsvorbehalt gestellt?

22. Abgeordneter **Rainder Steenblock** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie hat sich nach Erkenntnissen der Bundesregierung der Personenverkehr (Fahrgastzahlen pro Jahr) auf der Relation Hamburg — Berlin von 1990 bis 1994 für die Verkehrsträger Bahn, Flugzeug und Pkw entwickelt?

23. Abgeordneter **Dr. Egon Jüttner** (CDU/CSU)

Hat der Bund die zum Bau der Hochgeschwindigkeitsverbindung Mannheim — Saarbrücken erforderlichen Finanzmittel im Haushalt so eingeplant, daß das Projekt bis zum Jahr 2000 betriebsbereit fertiggestellt werden kann?

24. Abgeordneter **Dr. Egon Jüttner** (CDU/CSU)

Steht der Zeitpunkt der konkreten Verknüpfung des deutschen und des französischen Hochgeschwindigkeitsnetzes (Nord- und Südwest) der Schnellbahntrasse Paris — Metz — Mannheim fest?

25. Abgeordneter **Konrad Kunick** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, etwas gegen das Trassenpreisdumping der niederländischen Staatsbahnen zu unternehmen, welches zur Abwerbung der Kunden der deutschen Seehäfen führt?

26. Abgeordneter **Konrad Kunick** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß im Falle der Beibehaltung dieses Verfahrens z. B. nordrhein-westfälische Industrieunternehmen bei Nutzung der niederländischen Bahnstrecken nach Rotterdam keinerlei Trassenentgelt zahlen müssen, während die Eisenbahntransporte nach Hamburg oder Bremen mit den Kosten des Bahnnetzes belastet werden, und welche Konsequenzen zieht sie ggf. hieraus?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie

27. Abgeordnete
Dr. Barbara Hendricks
(SPD)

Läßt es das Berufsbildungsgesetz in seiner heute gültigen Fassung von 1969 zu, daß Auszubildende einen nicht unerheblichen Teil ihrer Ausbildungszeit im EU-Nachbarland (z. B. den Niederlanden) verbringen?

28. Abgeordnete
Dr. Barbara Hendricks
(SPD)

Welche gesetzlichen Vorgaben behindern die Entwicklung binationaler Berufsausbildungen, einschließlich binationaler Abschlüsse, im Rahmen der EU, und in welcher Weise unterstützt die Bundesregierung solche zukunftsweisenden Vorhaben im Bereich der beruflichen Erstausbildung, um den Fachkräftebedarf zu decken und die Qualifizierung für den EU-Arbeitsmarkt im jeweiligen Grenzbereich voranzutreiben?

29. Abgeordneter
Walter Schöler
(SPD)

Wie reagiert die Bundesregierung auf die Hochschulfinanzierungen in anderen Staaten, bei denen die Hochschulen und die Lehrstuhlinhaber ihre Leistungen auf dem Gebiet der Forschung sowie für Gutachten und Planungen aquirieren und wesentliche Teile der hieraus erzielten Einnahmen an die Hochschule abführen, und gibt es Überlegungen, hierüber Gespräche mit den Bundesländern aufzunehmen?

30. Abgeordneter
Horst Kubatschka
(SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob nicht doch Verhandlungen mit dem Ministerium für Atomenergie der Russischen Föderation (Minatom) über die Versorgung von Forschungsreaktoren in Deutschland – insbesondere für den geplanten Forschungsreaktor in Garching (FRM II) – mit hochangereichertem Uran geführt wurden, oder entsprechen die Ausführungen des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie, Bernd Neumann, in der Fragestunde des Deutschen Bundestages vom 11. Oktober 1995, „daß es keine Verhandlungen bezüglich der Versorgung mit hochangereichertem Uran aus russischen Beständen gibt" und keine Notwendigkeit besteht, „auf russische Bestände zur Versorgung des FRM II zurückzugreifen" (Plenarprotokoll der 60. Sitzung, S. 5055), immer noch dem aktuellen Sachstand?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes

31. Abgeordneter **Hans Wallow** (SPD)

Angesichts der Tatsache, daß Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl sich im August 1994 öffentlich für die Idee eines zivilen Hilfskorps für internationale humanitäre Einsätze ausgesprochen hat, frage ich die Bundesregierung, welche Schritte sie bislang zur Umsetzung dieses Vorhabens eingeleitet hat und welche Einsatzmöglichkeiten sie für ein solches Hilfskorps etwa im ehemaligen Jugoslawien sieht?

32. Abgeordneter **Gernot Erler** (SPD)

Wie vereinbart die Bundesregierung diesen verlangsamten Abbau von Exportrestriktionen für die MOE-Länder mit der sonstigen Unterstützung der Bundesregierung für das Freihandelsprinzip sowie den deutschen Interessen an einer ökonomischen Konsolidierung der mittel- und südosteuropäischen Transformationsstaaten?

33. Abgeordneter **Hermann Bachmaier** (SPD)

Aus welchen Gründen hat die Bundesregierung dem Vorsitzenden der VN-Sonderkommission Abrüstung Irak (UNSCOM), Botschafter Ekeus, die Entsendung deutscher Experten zur Auswertung neuerer Unterlagen angeboten, und welche Ergebnisse hat diese Entsendung gebracht?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

34. Abgeordneter **Gerd Andres** (SPD)

Wie hoch sind die Gesamtzahl der Asylanträge und die Anerkennungsquote von Staatsbürgern aus Zaire ab dem Jahre 1993?

35. Abgeordneter **Gerd Andres** (SPD)

Sind der Bundesregierung Fälle bekannt, in denen abgelehnte Asylbewerber nach ihrer Abschiebung nach Zaire dort verhaftet und verfolgt wurden, weil sie in der Bundesrepublik Deutschland exilpolitisch tätig waren oder weil sie hier einen Asylantrag gestellt haben, und wie bewertet sie diese Vorgänge?

36. Abgeordneter
Günter Graf (Friesoythe)
(SPD)

Trifft es zu, daß anläßlich des Besuchs des französischen Senators Paul Masson (Schengen-Beauftragter des französischen Premiers) in Frankfurt/Oder vor einigen Wochen am Stadtübergang über das Normalmaß hinaus verstärkt Personal – vornehmlich des Bundesgrenzschutzes (BGS) – und technisches Gerät eingesetzt wurden, um beispielhaft die Ausgleichsmaßnahmen in Sachen des Schengener Durchführungsübereinkommens zu demonstrieren?

37. Abgeordneter
Günter Graf (Friesoythe)
(SPD)

Wenn ja, welches Personal bzw. Gerät wurde von welchen Dienststellen abgezogen und am Stadtübergang Frankfurt/Oder anläßlich des Besuches des Senators Paul Masson eingesetzt?

38. Abgeordneter
Hans-Peter Kemper
(SPD)

Wie wurden an den anläßlich des Besuchs von Senator Paul Masson an der deutsch-polnischen Grenze zugunsten der besichtigten Dienststelle personell und technisch geschwächten übrigen Grenzübergangsstellen und der grünen Grenze die notwendigen Überwachungs- und Kontrollmaßnahmen durchgeführt, und welche dadurch bedingten Sicherheitsdefizite oder sonstigen Nachteile haben sich ergeben?

39. Abgeordneter
Hans-Peter Kemper
(SPD)

Hält es die Bundesregierung für angemessen, anläßlich des Besuchs von Senator Paul Masson eine technische und personelle Ausstattung zu präsentieren, die den tatsächlichen Gegebenheiten nicht entspricht, um gegenüber dem französischen Partnerland den Eindruck eines den vertraglichen Regelungen entsprechenden besonders hohen Kontrollstandards zu erwecken?

40. Abgeordneter
Klaus Hagemann
(SPD)

Warum hat die Bundesregierung im Rahmen der Neukonzeption des erweiterten Katastrophenschutzes noch kein Finanzierungskonzept für den Bereich der Bundeskomponente vorgelegt, so daß die Länder und die zuständigen kommunalen Stellen (für Rheinland-Pfalz: Verbandsgemeinden, verbandsfreie Städte und Gemeinden, Landkreise und kreisfreie Städte) noch keine endgültigen Stationierungskonzepte erarbeiten und vorlegen können, und bis wann können Länder und Kommunen mit einem zufriedenstellenden Ergebnis rechnen, um für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger vor Ort sorgen zu können?

41. Abgeordneter **Klaus Hagemann** (SPD)

Wie wird sich der Bund weiterhin an den Kosten des erweiterten Katastrophenschutzes beteiligen, und welche finanziellen Belastungen gehen auf die Länder und die Kommunen über?

42. Abgeordneter **Freimut Duve** (SPD)

Auf welche Weise ist das Bundeskriminalamt 1993 vor dem Besuch des Chefs des iranischen Auslandsgeheimdienstes, Fallahian, in der Bundesrepublik Deutschland 1993 informiert worden, und wie hat die Bundesregierung gegenüber dem Generalbundesanwalt zur Möglichkeit der Festnahme Fallahians Stellung genommen, der der Beteiligung am Mordanschlag auf vier Führungsmitglieder der iranisch-kurdischen Opposition 1992 in Berlin verdächtigt ist?

43. Abgeordneter **Freimut Duve** (SPD)

Wann sind die USA über den Besuch Fallahians durch die Bundesregierung informiert worden, und trifft es zu, daß der damalige amerikanische Botschafter Holbrooke bei der Bundesregierung gegen den Besuch von Fallahian protestiert hat?

44. Abgeordneter **Norbert Gansel** (SPD)

Welche Maßnahmen hat das Bundeskriminalamt dem Generalbundesanwalt 1993 anläßlich des Deutschlandbesuchs des Chefs des iranischen Auslandsgeheimdienstes Fallahian, der der Beteiligung an einem Mordanschlag auf vier Führungsmitglieder der iranisch-kurdischen Opposition im September 1992 in Berlin verdächtigt ist, vorgeschlagen, und warum hat der Generalbundesanwalt nicht die Festnahme von Fallahian angeordnet?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

45. Abgeordneter **Josef Hollerith** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, den Vorschlag, die Kapitalsituation der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) durch eine Ausweitung der Ausnahmeregelung beim § 32a des Gesetzes betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung aufzugreifen?

46. Abgeordneter **Thomas Krüger** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß Erwerber von Grundstücken in den neuen Bundesländern mit Generalpachtverträgen vor Bekanntwerden der Regelungen zur Sicherung der Pächter im Schuldrechtsänderungsgesetz davon ausgehen konnten, daß eine Nutzung durch die Erwerber und damit neuen Eigentümer für den Eigenheimbau in absehbarem Zeitraum (laut Registerverfahrensbeschleunigungsgesetz) möglich sein würde?

47. Abgeordneter **Thomas Krüger** (SPD)

Hält es die Bundesregierung für korrekt, daß die bis zum Bekanntwerden der neuen Gesetzesregelung (Schuldrechtsänderungsgesetz und Registerverfahrensbeschleunigungsgesetz) in gutem Glauben handelnden Erwerber durch die jetzt geltende Gesetzgebung auf längere Zeit von der Nutzung ihrer Grundstücke ausgeschlossen werden, und wie beabsichtigt sie, die während der Ausschließung von der Nutzung entstehenden Benachteiligungen der Grundstückskäufer in den nenen Ländern auszugleichen?

48. Abgeordneter **Manfred Such** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Anzahl der Fälle in jedem der letzten fünf Jahre, in denen unter Beteiligung von Sicherheitsbehörden des Bundes – wie offenbar kürzlich im Rahmen der Fahndung nach dem Bauunternehmer Dr. Jürgen Schneider – der Telekommunikationsverkehr von Journalisten bzw. Redaktionen abgehört wurde, Telefon-Verbindungsdaten eingesehen bzw. beschlagnahmt, deren Wohnungen bzw. Redaktionsräume durchsucht, Journalisten zur „beobachtenden Fahndung" ausgeschrieben oder anhand ihrer Kreditkartendaten Bewegungsbilder angefertigt wurden, und welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus der Entwicklung dieser Bilanz hinsichtlich der Notwendigkeit, dem Zeugnisverweigerungsrecht von Journalisten exekutiv oder legislativ größeres Gewicht zu verschaffen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

49. Abgeordneter **Dr. Christian Ruck** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Konkurrenz zwischen steuerbegünstigten Kapitalanlagen, z. B. im Schiffbau oder durch die Sonderabschreibungsmöglichkeiten beim Wohnungsbau in den neuen Bundesländern, und Kapitalanlagen in innovativen kleinen und mittleren Unternehmen?

50. Abgeordneter **Dr. Christian Ruck** (CDU/CSU)

Plant die Bundesregierung deutliche Steueranreize einzuführen, um verstärkt privates Kapital für innovative kleine und mittlere Unternehmen zu mobilisieren?

51. Abgeordneter **Josef Hollerith** (CDU/CSU)

Was ist das Ergebnis der im „Standortbericht" der Bundesregierung angekündigten Überprüfung der steuerlichen Forschungs- und Entwicklungs-Förderung?

52. Abgeordnete **Dr. Elke Leonhard** (SPD)

Mit welcher juristischen Argumentation leitet die Bundesregierung aus einer Äußerung des saarländischen Ministerpräsidenten in der Plenarsitzung des Vermittlungsausschusses vom 14. Februar 1992 den generellen Verzicht aller von Abrüstungsfolgen betroffenen Bundesländer auf ein Bundeskonversionsprogramm ab, der den Bund von seinen verfassungsmäßigen strukturpolitischen Verpflichtungen gemäß Artikel 91a und 104a des Grundgesetzes entbinde?

Bonn, den 1. Dezember 1995

Druck: Buchdruckerei P. Meier GmbH, Reisertstraße 14, 53773 Hennef (Sieg), Telefon (02242) 6044, Telefax (02242) 83179
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 1320, 53003 Bonn, Telefon (0228) 3820840, Telefax (0228) 3820844
ISSN 0722-8333